

Beschluss der Kreismitgliederversammlung am 21.08.2018

Eine intakte Umwelt, die uns ein gesundes Leben ermöglicht, ist Herzensangelegenheit grüner Politik. Vor diesem Hintergrund ist es eine herbe Enttäuschung, dass die „Große Koalition“ in Berlin keinerlei wirksame Anstrengungen unternimmt, die giftigen Stickoxidwerte in den Städten Deutschlands zu verringern.

Dabei geht es um keine unbedeutende Detailfrage, sondern ein Problem gewaltigen Ausmaßes. Wissenschaftliche Untersuchungen gehen davon, dass alleine in Deutschland jährlich zwischen 6.000 (Umweltbundesamt 2018) und 12.000 (Europäische Umweltagentur 2017) Menschen vorzeitig an den Folgen der Stickoxidbelastung sterben; das ist weit mehr als jährlich durch Verkehrsunfälle zu Tode kommen. Menschliches Leid und die ungeheuren Kosten für das Gesundheitssystem, die durch Stickoxide hervorgerufene Gebrechen wie Herz-Kreislauf Erkrankungen, Schlaganfälle, Asthma, COPD und Diabetes verursacht werden sind in den Todesfallzahlen noch gar nicht berücksichtigt.

Der Großteil des Stickoxidausstoßes wird dabei im Autoverkehr erzeugt. Nicht zuletzt und vor allem wegen manipulativer Praktiken bei der Zulassung von Dieselfahrzeugen. Nicht nur gefährdet die Bundesregierung die Gesundheit von Millionen Städter*innen, sie handelt auch zum Schaden all der Autobesitzer*innen, die sich im guten Glauben ein Dieselfauto zugelegt haben und von den Autokonzernen betrogen wurden. Die Antwort darauf kann für uns nur eine gesetzliche Pflicht zur Nachrüstung der Hardware zur Abgasnachbereitung sein, welche von den Herstellern organisiert und finanziert wird. Darüber hinaus ist es zum Wohle der Verbraucher*innen höchste Zeit, das Instrument der zivilrechtlichen Sammelklage für Entschädigungen auch in Deutschland endlich verfügbar zu machen. Doch stattdessen verweigert die Bundesregierung sämtliche Maßnahmen, die Lobbyisten und Großspendern in den Konzernetagen die Verantwortung für ihr Handeln aufbürden würden.

Gesundheit geht vor Recht auf Werterhalt

Die Verweigerungshaltung der Bundesregierung führt dazu, dass Deutschland von der Europäischen Kommission zu Recht zur Einhaltung der Schadstoffgrenzwerte gezwungen werden wird. Wenngleich die schwarz-rote Bundesregierung sich weiterhin der Einführung der sog. Blauen Plakette verweigert, hat das Bundesverwaltungsgericht im Februar diesen Jahres festgestellt, dass auch Städte selbst Entscheidungen zum Schutz der Bürger*innen treffen können. Fahrzeuge der Schadstoffklassen bis Diesel-Euro 5 sowie Benziner bis Euro 2 dürfen von nun an aus dem besonders belasteten innerstädtischen Gebiet ferngehalten werden.

Hamburg ist hierbei als erste Stadt Deutschlands vorangegangen und hat bereits erste lokal begrenzte Durchfahrtsverbote für einzelne besonders belastete Straßen verhängt. Diesen Weg wollen wir weitergehen und konsequent die Gesundheit der Menschen in unserer Stadt schützen.

Um sicherzustellen, dass das Schadstoffberechnungsmodell bezüglich der Belastungen abseits fest installierter Messstationen auch zutreffen und neue Hochkonzentrationen vermieden werden, wollen wir regelmäßige Modellvalidierungen mit Passivsammlern durchführen sowie deren Ergebnisse veröffentlichen. Zur besseren Erfassung der Belas-

tung insbesondere auch im Hinblick auf die Hafenemissionen, wollen wir im Gebiet Elbchaussee/Klopstockplatz eine weitere feste Messstation installieren.

Lokal begrenzte Durchfahrtsverbote für einzelne Straßen können nur ein erster Schritt sein, um die Schadstoffbelastung zu vermindern. Erstens sind diese ohne die Blaue Plakette nur äußerst schwer zu kontrollieren und zweitens senkt das Befahren der Ausweichrouten zwar die Gesundheitsrisiken an den Hot-Spots, trägt aber nicht zur Senkung der Schadstoffemissionen insgesamt bei.

Sollten die Maßnahmen der Luftreinhalteplanung bis zum Stichjahr 2020 keine Einhaltung der Grenzwerte für NO_x an den Altonaer Messstationen sowie belasteten Strecken wie an der Holstenstraße oder der Bahrenfelder Chaussee erbringen, wollen wir weitergehende Maßnahmen und eine Intensivierung der Kontrollen.

Wir fordern die schwarz-rote Bundesregierung jedoch erneut dazu auf, endlich die notwendigen Entscheidungen wie „Blaue Plakette“ und Hardwarenachrüstungen im Bund zu treffen, damit daraus keine Nachteile für Verbraucher*innen entstehen. Die Schonfrist für betrügerische Autokonzerne zu Lasten der Autokäufer*innen und der Gesundheit der Stadtbewohner*innen muss ein Ende haben!

Die Grünen in Altona beschließen deswegen

- Die Grüne Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft wird gebeten, sich für einen technologieoffenen Ansatz, der die Einhaltung von Tier 3, einer international geregelten und gültigen Schadstoffklassifizierung der IMO für Stickoxide, am Liegeplatz vorschreibt, einzusetzen.
- Die Grüne Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft wird gebeten, sich im Rahmen der Haushaltsberatungen dafür einzusetzen, dass im Hamburger Hafen auch für die Handelsschifffahrt Power Pacts bereit gestellt werden, um die Hintergrundbelastung in Altona sukzessive zu senken.
- Die BUE wird aufgefordert, über ein hamburgweites Programm von Passivsammeln das Rechenmodell des Luftmessnetzes zu validieren. Dieses soll auch in Altona an den Umfahungsstrecken zum Einsatz kommen. Die BUE wird weiter aufgefordert, eine feste Messstation an der Elbchaussee Höhe Klopstockplatz einzurichten.
- Die Bundesregierung aufzufordern, endlich wirksame Hardwarenachrüstungen gegenüber der Automobilindustrie durchzusetzen und die blaue Plakette einzuführen.
- Die Durchfahrtsbeschränkungen nach einem Jahr zu evaluieren und ggf. weitere Schritte zur Einhaltung der Luftgrenzwerte vorzulegen.